

# Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

N<sup>o</sup> 103.

Erscheint jeden Wochentag Abends 7/8 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 M. 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

38. Jahrgang.  
Mittwoch, den 6. Mai.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gepaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf.

1885.

## Das Deutschthum in Oesterreich.

Die Wahlbewegung in Oesterreich hat bereits begonnen und scheint dieselbe diesmal ganz großartige Verhältnisse anzunehmen. Das arg zurückgedrängte Deutschthum hält den Augenblick für geeignet, muthiger als bisher hervorzutreten und wird dabei diesmal in fast unerwarteter Weise selbst von klerikaler Seite unterstützt. Vor dem Nationalitäten-Streit scheinen die Parteiunterschiede schwinden zu wollen, wenigstens empfiehlt der einflussreiche Abgeordnete für Salzburg, Hofrath Wienbacher, den Deutschliberalen Oesterreichs ein Bündniß mit den Klerikalen, von denen ein großer Theil doch immer noch deutsch genug empfindet, um endlich der sich maßlos steigenden Ansprüche der slavischen Nationalitäten überdrüssig zu werden. Ein deutsch-oesterreichischer Parlamentarier hat im Sinne Wienbacher's öffentlich erklärt, man müsse den klerikalen Brüdern in den Alpenländern und den sonstwo dominirenden Deutsch-Konservativen, so weit es sich mit den Prinzipien der Freiheit und der Gerechtigkeit vertrage, aufrichtig entgegenkommen und sich aller weiteren Reformen in der konfessionellen Gesetzgebung enthalten, um ihre religiösen Gefühle zu schonen und den Bruderkund und aller Deutschen in Oesterreich zu festigen. Diese Formel ist ausrichtsvoll, wenn auch einzelne freisinnige Blätter es für bedenklich halten, daß in einem Augenblicke, wo die deutsch-liberale Partei, von allen Seiten bedrängt, an die Wahlurnen tritt, wo Einigkeit und zähes Festhalten an ihren Ueberzeugungen ihr am dringendsten noththut, also in einem Augenblicke der Gefahr, durch den Plan eines Bündnisses mit den Klerikalen Verwirrung in die deutschen Wählerkreise gebracht wird.

Selbstfalls ist das angestrebte Bündniß ein Beweis für die ernste Nothlage, in welcher sich das deutsch-liberale Element in Oesterreich befindet. In einer (bei Karl Pröll in Berlin erschienenen) neuen Brochure „Das Deutschthum in Oesterreich und Ungarn von Treumund“ wird diese Nothlage in ergreifender Weise geschildert und in der trüben Schlussbetrachtung Folgendes wörtlich gesagt: „Ueberall, wohin unser Auge fällt, Zurückdrängung, Aufsehung, Verfolgung des Deutschthums, das den Staat und seine Kultur geschaffen. In Ungarn und Siebenbürgen kämpfen zwei Millionen wackerer Volksgenossen den letzten verzweifelten Kampf, nicht um ihre berechtigte Geltung im Staatsleben, nein, um ihre nationale Existenz. In den Subalpinen strebt eine slavische Mehrheit, gestützt auf die brutale Thatfache numerischer Ueberlegenheit, drei Millionen Deutscher mit Aufwendung aller Mittel ihres Volksthum zu berauben und vielhundertjährige Bestandtheile des altherwürdigen Deutschen Reiches der vollständigen Slawisirung auszuliefern. In den südlichen Alpenländern bis hinab zu den Gestaden der Adria, wetteifern Welsche und Slowenen, unter sich zwar uneins, in dem gemeinsamen Haß, in der zielbewußten Austilgung der letzten Reste einstiger deutscher Macht und Herrlichkeit. Ja selbst in den rein deutschen Provinzen erhebt kühner und kühner die anmaßliche Slavenpropaganda ihr trotziges Haupt. Leugnet sie doch schon den rein deutschen Charakter der alten Kaiserstadt an der Donau und fordert ungestüm die Errichtung (zweitscher Schulen; eine haben die Czechen bereits glücklich durchgesetzt, andere werden folgen. Es ist ein alter Spruch: „Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient.“ Auch das deutsche Volk Oesterreichs darf sich selbst von der Schuld nicht freisprechen. Ist doch gerade die Thatfache, daß es mehr und mehr zum Bewußtsein der eigenen Fehler und Schwächen kommt, die sicherste Gewähr einer gedeihlicheren Zukunft. Die alten deutschen Erbübels, Uneinigkeit und Partikularismus, sind selbst jetzt in den Tagen schwerer nationaler Bedrängniß keineswegs ganz geschwunden. Noch immer kämpft ein großer Theil der Bevölkerung der Alpenländer um seiner klerikalen Sonderinteressen willen im Lager der Gegner. Doch schon beginnen die Alpenbauern ihrer deutschen Abstammung eingedenk zu werden und selbst deren klerikale Führer werden es müde, gegen zweifelhaftes Geschenke den Slaven zur Zwangsherrschaft über ihr eigenes Volk zu verhelfen. Sollte sich nicht trotzdem, so wenig uns auch gerade die jüngst verfloßenen Tage mit großen Hoffnungen in dieser Beziehung zu erfüllen geeignet waren, mit gutem Willen von beiden Seiten, mit vernünftiger Schonung bestehender Interessen und Ueberzeugungen eine Ausgleichung der vorhandenen Gegensätze auf dem neutralen Boden der gemeinsamen nationalen Idee anbahnen lassen?“

Auch hier begegnen wir dem Wunsche, zwischen den Deutschen Oesterreichs die Schranken niederzureißen, welche dieselben bisher in Klerikale, Konservative und Liberale schieden, in dem Streben, ein gemeinsames Vorgehen gegen die fremden Nationalitäten zu ermöglichen, die schließlich nur einig sind, wo es gilt, das Deutschthum anzufinden und von der Wiedererlangung seiner früheren leitenden Stellung in der Gesamtmonarchie zurückzuhalten. Ein solches Zusammengehen aller Deutschen Oesterreichs hält die Treumund'sche Streitschrift für um so leichter möglich, weil das Taaffe'sche Regiment schon viel dazu beigetragen hat, in weiten Kreisen das frühere leidige provinzielle und lokale Sondergefühl abzuschwächen. „Der Steirer“, so heißt es in der erwähnten Brochure, „fühlte sich als Steirer und wollte gar nicht mehr über seine weißgrünen Grenzpfähle hinausbliden, der Kärnthner als Kärnthner, der Tiroler als Tiroler, der Wiener als Wiener. Seit der Aera Taaffe begannen die Deutschen Oesterreichs sich ihrer Zusammengehörigkeit zu entsinnen und ihre Solidarität aus dem Schattendasein eines bedeutungslosen Schlagwortes in die Wirklichkeit umzusetzen. Die Thätigkeit des Deutschen Schulvereins, der mit seinen zahlreichen Ortsgruppen die ganzen österreichischen Lande überzieht, hat viel dazu beigetragen. Seine Jahresversammlungen in Wien, Linz und Graz gestalteten sich zu imposanten Kundgebungen des Gefühls jener Zusammengehörigkeit und nationalen Einheit aller Deutschen Oesterreichs. Ebenso erfreulich muß die Erscheinung berühren, daß die unselbige Eifersüchtelei gegenüber dem norddeutschen Wesen mehr und mehr den Gefühlen aufrichtiger Sympathie und Werthschätzung der wackeren norddeutschen Stammesbrüder Platz macht. Freilich nur langsam und allmählich bricht sich ein gelünderes Gefühl in breiteren Schichten des Volkes Bahn. Möge die deutsche Nation über die Thatfache, daß mächtige, urprüngliche und urdeutsche Volks- und Reichstheile dem deutschen Volksthum entfremdet zu werden drohen, nicht achtlos und stillschweigend hinwegblicken und des großen Verzichtes an nationaler Macht und Ehre gedenken, den der Verlust der Ostmarken, dieser größten Kolonie deutschen Stammes, bedeuten müßte, für den die wiedergewonnene Westmark des Reiches, Elsaß-Lothringen, keinen Ersatz bietet. Nicht darauf verweisen wir hier, daß ein slavisch-magyarisches Oesterreich keinen zuverlässigen Bundesgenossen mehr für das Deutsche Reich abgeben könnte; nur der Ueberzeugung geben wir Ausdruck, daß die fortgesetzten Versuche, die Deutschen in der ihrer Kulturthätigkeit seit einem Jahrtausend überwieesenen Südost-Ecke deutschen Gebietes auf die Dauer zu unterdrücken, doch endlich und schließlich an die Ehre des ganzen deutschen Volkes greifen müssen. Mit Freude begrüßen wir die Bestrebungen des „Allgemeinen Deutschen Schulvereins“, des „Bereins zum Schutze deutscher Interessen im Auslande“ und anderer, dem Deutschthum in Ungarn, Siebenbürgen, Krain, Galizien zu Hilfe zu kommen und die Aufmerksamkeit weiter Kreise des deutschen Volkes auf die bedrängte Lage der Stammesgenossen im fernen Süden und Osten zu lenken. Möchten diese Bestrebungen, die ihren Urhebern zur höchsten Ehre gereichen, sich recht bald so ausgiebig und wirksam gestalten, wie es die nationale Nothlage erheischt! Unsere Aufgaben der Zukunft liegen klar und offen vor uns. Strenge Unterordnung aller Sonderwünsche und Sonderinteressen unter die höchste Pflicht, den Schild unserer nationalen Ehre blank zu erhalten, strenge Disziplin und Zusammenfassung der verzelten Kräfte in den Kämpfen, die uns bevorstehen, ernste und pflichttreue nationale Arbeit bis in die kleinsten Kreise des Lebens herab.“

## Tageschau.

Freiberg, den 5. Mai.

Gestern begann im deutschen Reichstag die Verathung der Börsensteuer-Vorlage. Zunächst erklärte Abg. Dechselhäuser nur gegen einige wenige Punkte der Kommissionsvorschlüge Bedenken zu hegen, u. A. auch gegen die Besteuerung nicht-kaufmännischer Geschäfte. Hierauf ergriff der Reichskanzler Fürst Bismarck das Wort und bezeichnete den Entwurf als nicht von der Regierung, sondern von dem Reichstag selbst ausgehend; die deutschen Regierungen seien jetzt noch nicht einmal in der Lage, ein Amendement zu der Vorlage zu machen. „Ich kann nur versuchen“, fuhr der Redner fort, „einige mir selbst noch zweifelhafte Punkte anzuregen, damit sie in der Debatte erörtert werden. Die Möglichkeit, das Arbitrage-

geschäft mehr zu begünstigen, als hier in der Vorlage, ist im preußischen Staatsrath nur von einer Seite ausgesprochen, aber auch von dieser Seite für Wechselarbitragegeschäfte bestritten worden. Zu einer Gegenbemerkung hat das dort nicht Anlaß gegeben; meine Sachkunde reicht nicht aus, die Frage zu entscheiden, vielleicht aber können Sachkundige des Hauses dies erörtern. Natürlich wird es nöthig sein, daß die Regierungen den Entwurf, den Sie machen, in ihrem Sinne abändern. Die weitere Frage ist, ob die politischen Freunde des Antragstellers sich auch voll bewußt sind der Folgen, die der Entwurf für die Landwirtschaft haben würde. Die Frage des Abwägens lasse ich unberührt. Die vor Jahren von der Regierung beabsichtigte Börsensteuer ist allmählich erweitert zu einer Geschäftssteuer, von der auch die Landwirtschaft betroffen werden muß. Eine Deckung, wie sie für die Landwirtschaft gesucht worden ist, kann ich in dem Ausdruck „börsenmäßige Usance“ nicht gegeben finden. Jeder Landwirth kann in die Lage kommen, im Sommer ein Lieferungsgeschäft für Oktober abzuschließen, also ein Zeitgeschäft. Es wird doch schwer sein, nachzuweisen, daß auf ein solches Geschäft oder auch ein Geschäft, wobei der Zuderbauer die Ernte der ganzen Kampagne zu liefern im Voraus sich verpflichtet, der Ausdruck „börsenmäßige Usance“ anwendbar ist. Der Antrag der Nationalliberalen, erklärte dann der Redner weiter, will allerdings die Produzenten von der Steuer befreien, aber doch nur bedingt, wenn die Befreiung verlangt werde und für Geschäfte über solche zur Weiterveräußerung bestimmte inländische Sachen oder Waaren, die von dem Kontrahenten selbst erzeugt oder handwerks- oder fabrikmäßig hergestellt werden. Deshalb handwerks- oder fabrikmäßig? Ich würde eventuell ein Unteramendement zu diesem Amendement von Seiten der Regierung vorschlagen. Es ist mir für heute ein Bedürfnis gewesen, diese beiden Punkte hervorzuheben, ich hoffe, daß der Verlauf der Diskussion weitere Klarheit schaffen wird. Ich werde für jede weitere Belehrung dankbar sein.“ Abg. von Wedell-Malchow erwiederte, er habe mit Rücksicht auf die Landwirtschaft vor Jahren die Ansicht vertreten, daß man Finanzgeschäfte von Zeitgeschäften trennen könne; auf diese Idee sei man auch jetzt in der Kommission zurückgekommen und habe, wie er glaube, eine glückliche Lösung gefunden, indem man das Kennzeichen der „börsenmäßigen Usance“ stellte. Fürst Bismarck erklärte, in der Ansicht der Regierung liege es keineswegs, die Steuer auf die Produzenten auszubehnen. „Warum“, fuhr der Reichskanzler fort, „sollten wir also die Ansicht nicht klar ausdrücken und sagen, daß der Produzent befreit bleiben soll von der Steuer? Daß der Landwirth an den Börsengeschäften theilnehmen kann, halte ich für keinen besonderen Vortheil.“ Abg. Buhl empfahl seinen Antrag und bemerkte, die Erklärung des Reichskanzlers, daß das Gesetz von den verbündeten Regierungen nur als ein Vorschlag aufgefaßt werde, sei sehr beruhigend. Es wäre einseitig, nur das immobile Kapital zu treffen und das mobile vollständig zu übergehen. Darauf meinte Abg. Richter, es sei nicht die Aufgabe der Volksvertretung, Steuervorschläge anzulegen; der Entwurf werde auf alle Geschäfte nachtheilig wirken und ganz besonders die Waarengeschäfte erheblich belasten. Die aus dem Entwurf zu erzielende Einnahme werde in keinem Verhältniß zu den wirtschaftlichen Schäden stehen. Für den Fall der Annahme des Gesetzes jedoch beantrage er mit seinen Freunden die Aufhebung des Petroleumzolls. Abg. Gamp sprach sich im Sinne der Kommissionsbeschlüsse für die prozentuale Besteuerung aus und stellte sich hinsichtlich der Wechselfrage auf den Standpunkt des Reichskanzlers. — Das preussische Abgeordnetenhaus genehmigte gestern das Quene'sche Verwendungs-gesetz mit 223 gegen 86 Stimmen, nachdem vorher der Finanzminister von Scholz sich geäußert hatte, daß man der Regierung keinen Vorwurf machen könne, wenn sie ein aus der Initiative des Hauses hervorgegangenes Gesetz annehme, nachdem von dem Zustandekommen des letzteren die Bewilligung der Bülle abhängig gemacht worden sei. Würden die Bülle bewilligt, dann betrachte es die Regierung für ihre Aufgabe, eine gewünschte Verwendung eintreten zu lassen; sie werde also das Gesetz, wie es aus der zweiten Lesung hervorgegangen, annehmen.

Die deutsche Kaiserin hat gestern früh 9 Uhr Berlin mittelst Extrazuges verlassen, um sich zur Frühjahrskur nach Baden-Baden zu begeben, wo die Ankunft gegen Mitternacht erfolgt sein dürfte.

Anlässlich der ungarischen Landesausstellung in Pest verließ der Kaiser von Oesterreich dem offiziellen Vertreter Preußens, dem Landwirtschaftsminister Dr. Lucius, den Orden der eisernen